

Bezugspreis: Vierteljahr 1,50 M., monatlich 50 Pf., jährlich 5 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 14. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Noske über Berlin.

Nationalversammlung zu Weimar

27. Sitzung, Donnerstag, 13. März, vormittags 10 Uhr. Am Regierungstische: Noske, Landeberg, Schiffer, Wisell, Schmidt, Golthein, Dr. Dabitz u. a.

Die Berliner Vorgänge sind im ganzen Reich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich benutze die erste Gelegenheit, vor der Vertretung des deutschen Volkes Bericht zu erstatten. Die Rede wird ja jetzt wieder gegen die Regierung und nicht zuletzt gegen die Truppen betriebe. Die Nationalversammlung mag urteilen. Eine Rede lang hat die Schlacht mit all ihren Schrecken getobt. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Aufstand niedergeschlagen ist. (Beifall.) Die Säuberungsaktion ist nur noch in einzelnen Vororten vorzunehmen.

Das „Nächtliche Gesindel“, am mit dem „Mittelungsblatt“ zu reden, diese „Opfener der Revolution“ haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt war und ehe ich auch nur einen einzigen Soldaten nach Berlin hatte einmarschieren lassen. Die Verhängung des Belagerungszustandes erfolgte erst, nachdem es zu heftigen Ausschreitungen und gewaltsamen großen Plünderungen in Berlin gekommen war, und erst daraufhin ist auch erst der Befehl zur Besetzung von Berlin erteilt worden.

Volksgepräbium am Alexanderplatz schon am Dienstag gekommen; schon am Dienstag nachmittags hat es dort eine Reihe von Toten gegeben. Am Mittwoch verschlimmerte sich die Lage beträchtlich; die Zahl der Verwundeten, auch Zivilisten, am Alexanderplatz nahm von Stunde zu Stunde zu. Das Volksgepräbium wurde stundenlang beschossen, anfänglich mit Gewehren und Maschinengewehren, später auch mit besonderen Geschützen. Angehörig zur Säuberung des Alexanderplatzes amarschierende Teile der Volksmarine-Division sollen vom Volksgepräbium aus unter Feuer genommen worden sein.

ein fürchterliches Blutbad in Aussicht sehe. (Hört, hört!) Nachts um 4 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß die Verhandlungen gegenstandslos geworden seien, da der weitest große Teil der Matrosen gegen die Regierungstruppen kämpfte. Teile der Matrosen hatten inzwischen versucht, ins Volksgepräbium einzudringen, und es war ihnen bei einem Teil des Gebäudes gelungen. Sie waren auch zahlreich bei den Geschützungen vertreten, sie waren auch die, die die Geschütze auf dem Alexanderplatz bedienten.

Die Annahme des Kohlenbewirtschaftungsgesetzes.

Ein Schritt zum praktischen Sozialismus.

Das Sozialisierungsgesetz ist angenommen. Damit ist der Grundstein zum Aufbau des sozialistischen Staates gelegt. Daß dieser fortgeschritten wird, daran wird auch die Opposition der Unentwegten nichts ändern, die gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben. Daß auch für uns das Werk noch nicht abgeschlossen ist, bedarf keiner Frage. Aber schon das zugleich erledigte Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft schafft einen Teil des Bildes, für das im Sozialisierungsgesetz der Rahmen gespannt ist.

Die Organisation der Kohlenbewirtschaftung entspricht — abgesehen von der Demokratisierung des Syndikatsbetriebes — im Wesentlichen der des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats. Auch hier wurden bereits die Ziffern für Beteiligung an der Förderung, Selbstverbrauch und Abzug für die einzelnen Werke festgesetzt, ebenso wie die Preise normiert wurden. Nur ist die Organisation jetzt auf das ganze Reich hin ausgedehnt und der unmittelbaren Kontrolle eines Sachverständigenrates unterstellt, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reichsregierung gleiches Stimmrecht haben.

Bei der vielfach auftretenden Sucht, die langsame stetige Durchsetzung des Sozialismus im Staate als Konzeption an den Kapitalismus darzustellen, mögen einige Zahlen beleuchten, wie tief die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in unser gesamtes Wirtschaftsleben eingreift. Die Kohle ist in der Tat die Nährmutter unserer gesamten Industrie. Konnte man noch im Jahr 1800 — also vor der Entwicklung der maschinellen Industrie — eine Weltproduktion an Kohle von 12 Millionen Tonnen berechnen, so hat sich diese Ziffer im Jahre 1913 auf das Hundertfache gesteigert. Die deutsche Produktion an Steinkohlen, die sich 1860 auf 12,34 Millionen Tonnen bezifferte, ist bis 1913 auf 190 Millionen Tonnen gestiegen. Nichts kann die Industrialisierung, die Mechanisierung unserer gesamten Produktion besser kennzeichnen als diese Zahlen. Wir haben mit der Ueberführung der Kohle in die Gemeinwirtschaft tatsächlich dem Kapitalismus den Boden abgegraben, auf dem er sich aufbaute. So versteht sich das Gebrauchsrecht der äußersten Rechten recht wohl, die es genau gespürt hat, daß die erste sozialistische Tat nur der Vorarbeit für weitere Eingriffe in die Privatwirtschaft überall da ist, wo sie den Gemeininteressen zuwiderhandelt.

Wir verkennen dabei keineswegs, daß mit der Gemeinbewirtschaftung der Kohle die Verantwortung des privaten Kapitals für die Förderung auf die Gemeinwirtschaft übergegangen ist. Der Streik im kapitalistischen Betrieb eine Kampfmaßnahme, wird im vergesellschafteten Betriebe zum Verbrechen. Das hat man selbst in Rußland erkannt, wo auf Arbeitsscheu schwere Strafen auferlegt sind. Doppelt gilt das jetzt für die vergesellschafteten Kohlenbetriebe. Ein Streik würde mehr als je sonst die Arbeiter am eigenen Leibe treffen. Er würde beweisen, daß der sozialistisch organisierte Betrieb nicht von den Reibungen frei ist, die dem kapitalistischen Betrieb in letzter Zeit das Leben so sehr verleidet haben, würde die Rentabilität und damit den Gewinnanteil der Arbeiter einschränken. Endlich würde er bei der ungeheuren Bedeutung, die die Kohle für alle anderen Gewerbetriebe hat, das arbeitende Proletariat der anderen Gewerbetriebe auf das schwerste treffen.

Waffen an die Zivilbevölkerung

abgegeben wurden. Bei der Ueberführung der Marineteilung aus dem Marstall war vereinbart worden, daß unter keinen Umständen mehr Waffen ihr verbleiben dürften, als zu ihrer Ausrüstung erforderlich waren. Dieses Abkommen ist von der Division gebrochen worden. (Hört, hört!) Im Marinestützpunkt sind neben der Verwahrung der Division noch mehr als 4000 Gewehre, 120 Maschinengewehre und 2 Geschütze gefunden worden. Außerdem waren am Donnerstag morgen noch beträchtliche Mengen an die Zivilbevölkerung abgegeben worden. Es wurden dann Vorbereitungen getroffen, um das Viertel am Alexanderplatz zu säubern. Am Donnerstag ist das mit beträchtlichen Streitkräften gelungen. Dann wurde das Marinestützpunkt genommen. Die Volksmarine-Division, die so unheimliche Mord in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Am Donnerstagabend war das ganze Viertel des Alexanderplatzes fest in unserer Hand. Mehrere unsichere Depots der Soldatenwehr wurden entwaffnet. Am Freitag habe ich befohlen, daß noch weitere Depots zu entwaffnen sind. Es werden nur noch 6500 Mann in der republikanischen Soldatenwehr verbleiben. Ich gedenke tief erfüllt der Männer, die in diesen Schredentagen ihr Leben liehen, man die vielen Schüssen zum Opfer. Grauen aber daß jeden Menschen angeht, daß der tierischen Bestialität, mit der gemordet wurde. Leider sind die Opfer recht zahlreich, es ist über Lichtenberg und andere Viertel gesagt worden, es sei geschwindelt worden. Die Zahl der Opfer ist erfreulichweise geringer, als zuerst gemeldet war. Ich bedaure, daß ein Teil der Presse leider durch die Sucht nach Sensation mehr gemeldet hat, als der Situation entspricht, was aber getroffen ist. Ich noch immer grollig genug. Freilich, wenn zuerst gemeldet wurde, daß einige fünfzig Menschen totgeschlagen seien, und dann nachher gesagt worden ist, daß nur fünfzig Menschen ihr Leben liehen, dann heißt es hinterher, die Sache sei gar nicht so schlimm. Es steht fest, daß in diesen Berliner Schredentagen

Beklen in Menschengestalt

sich aufgetan haben. (Große Bewegung; Abg. Frau Bieck ruft: Amokläufer! Anderer Ruf bei den U. S.: Noske vor allen Dingen! Präsident Fehrenbach ruft die Abg. Frau Bieck zur Ordnung. Rufe rechts: Opänel! Andauernde große Unruhe.)

Gemeindeleben und Schamlosigkeit durch die Millionen und aber Millionen von Werten getötet worden sind. (Hört, hört!), begannen schon Morgensmittags. Ich kam dabei ferner schon zu gelegentlichen Schieberen. Am Dienstag früh wurde mit ein Verdict vorlesen, wonach in nicht weniger als 82 Weivieren die Volkswirtschaften auszuheben und die Kaviere selbst gekümmert worden waren. In der Nacht vom Montag zum Dienstag ist es schon damals am Lichtenberger Volksgepräbium zu regelrechten Feuergefechten gekommen. Es ist am Dienstag vom Ausschuss der Berliner Arbeiterkammer, dem Volkswortrat und der Streikleitung, ein „Mittelungsblatt“ herausgegeben worden, in dem über diese Vorgänge ausführlich berichtet wird.

Wie bei allen großen Massenbewegungen, so helfen sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unaufrichtige Elemente an die Ruchsturen der ehrlichen und besonnenen Arbeiterkraft. Wie im Kriege die Offiziere des Schlachtfeldes und die Kriegsgewinnler ein viertes Betätigungsfeld fanden, so bleiben auch dieser großen Bewegung die Offiziere der Revolution nicht erdwort. Leider hat am Montag der artia städtische Aufstand an verbliebenen Stellen dem ehrlichen Kampf der Revolution und der Arbeiterkraft dadurch geschadet, daß es Plünderungen unternommen und Rodausgrenzen hervorgerufen hat.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Dieser Verantwortung sollte sich ein jeder Arbeiter, der am sozialistischen Staat mitwirken will, voll und ganz bewusst sein. Ein Versagen desjenigen Gewerbezweiges, der zuerst der Gemeinbewirtschaftung übergeben wurde, würde die Spitze gegen den Sozialismus selbst richten. Und mancher, der heute noch den Kämpfen langer Jahrzehnte die Entwicklungsbahn für den sozialistischen Gedanken endlich frei vor sich sieht, würde in kurzem sich von ihm abwenden, wenn der Erfolg ausbleibt.

Und wir stehen erst am Anfang! Die Richtlinien, unter denen die Gemeinwirtschaft der Kohle in die Wege geleitet werden soll, sind noch nicht so fest umrissen, daß man heute schon prophezeien kann, wann der privatkapitalistische Apparat in dem Gemeinbetrieb restlos aufgehoben wird. Die erste Arbeit des Reichskohlenamtes wird die Feststellung eines Produktions- und Verteilungsprogramms sein. Dabei den Kohlenhandel ganz zu übergeben, ist nicht beabsichtigt. Er wird sich aber auf den gemeinwirtschaftlichen Betrieb einrichten müssen. Wenn die Förderungs- und Verteilungsfrage geregelt ist, ergeben sich die Arbeitsziele, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der Sozialisierung zu ihrer vollen Geltung bringen sollen. Die erste Forderung ist hier: Verbilligung der Produktion. Sie muß durchgeführt werden ohne die Existenzbedingungen der Arbeiter herabzumindern. Aber wir brauchen billige Kohle sowohl für das Ausland als Gegenleistung für die zu liefernden Lebensmittel wie auch für die Inlandindustrie, der nach dem Ruin der Kriegsjahre überhaupt erst zum Wiederaufbau verholfen werden soll. All diese Fragen, die in der Theorie uns lange genug beschäftigt haben, treten jetzt als praktische Forderungen vor uns hin in einer Zeit tiefster wirtschaftlicher Not des ganzen Reiches.

Aber wir werden sie lösen trotz der Wischmachei derjenigen Diener des Kapitals, die es jetzt schon anständigen, daß sie im Ausland lieber „freie Menschen“ als in Deutschland tätige Mitarbeiter am Gemeinwohl sein wollten. Wir sind so zuversichtlich, zu glauben, daß die Arbeiterschaft an der Schwelle des Erfolges, den sie lange Jahrzehnte herbeigesehnt hat, nicht verlagen wird. Denn es geht um das Ganze. Kein Mensch kann heute schon sagen, daß der Kapitalismus gebrochen ist. Die Haltung der Börse, die immer noch die Aktien der Montanwerke hoch über dem Parivus bewertet, die Umtriebe des Großkapitals, das seine Gewinne verstaubt oder verteilt, um sie der Gemeinschaft zu entziehen, all das löst darauf schließen, daß es noch sehr viele gibt, die bei der Sozialisierung ein gutes Geschäft auf Kosten der Gesellschaft zu machen hoffen. Ihnen gilt es jetzt in jeder, unanhaltender Arbeit die Waffen zu entwenden. Die Lebensfähigkeit der Gemeinwirtschaft zu beweisen, die zwingende Macht der Gemeinwirtschaftsinteressen gegen alle Sonderinteressen durchzusetzen, das sind die nächsten Aufgaben.

Die Bahn ist frei — wenn es keine Genossen gibt, die unserer ferneren Arbeit in den Rücken fallen. Das muß jeden Befonnenen anspornen, auch weiter an dem Werke mit der Sachlichkeit mitzuarbeiten, die sein Gedächtnis verblüht. Die Gemeinbewirtschaftung des Reichs steht bevor, die Frage einer Sozialisierung der Schwerindustrie, dieser Riesenbruststätte des industriellen Kapitalismus, ist um einen Schritt näher gerückt.

Damit ist der Weg praktischer Arbeit für den Sozialismus beschritten. Sie zu leisten ist freilich etwas schwerer als radikale Phrasen dreschen, mit denen man, nach Hoopes Wort, überhaupt keine Politik machen, geschweige denn eine in vielsundertjährigem Wachstum gewordene Wirtschaftsordnung über Nacht in eine ganz andere verwandeln kann. Die Reorganisation der Volkswirtschaft ist auch in ihrem schrittweisen Fortschreiten ein Werk von wahrhaft revolutionärer Tragweite. Sein Gelingen erfordert die tatkräftige Mitarbeit der Massen, die sich durch nichts von ihren großen Zielen ablenken lassen mögen. Mit leerer Worterhöhung aber schafft man keine neue Welt!

Die Tagung des Deutschen Bühnenvereins.

Der Deutsche Bühnenverein, die Arbeitgeber-Organisation im Theatergewerbe, hat gestern ihre Tagung begonnen, um über das mit der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen abzuschließende Tarifabkommen einseitig die Normalbühnenverträge sich schlüssig zu werden. Da noch nicht alle Mitglieder anwesend waren und die Vorkaufsfähigkeit der noch nicht erreicht war, mußte die endgültige Sitzung auf heute vertagt werden.

Das geplante Tarifabkommen hat die bereits seit langen Jahren von der Bühnengenossenschaft aufgestellten Forderungen nach einer rechtlichen und sozialen Besserstellung der Bühnengehörigen zum Gegenstand und bedeutet somit ein grundlegendes Reformwerk für das gesamte Theaterwesen. Es muß der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Arbeitgeber Einsicht genug besitzen werden, das durch gegenseitige Verständigung vereinbarte Abkommen ohne Bedenken anzunehmen.

Sollte diese Einigung zwischen den beiden führenden Organisationen des Theatergewerbes scheitern, so steht eben zu erwarten, daß die bisherigen Schäden des Theaterwesens auf gesetzlichem Wege ausgemerzt und die berechtigten Wünsche und Forderungen der Bühnengehörigen in vollem Umfang und über den Rahmen der jetzigen Verständigung hinaus erfüllt werden.

Die Kohle.

Von V. Haupt.

Natürlich, meine Herren, Sie können mich zwingen, meinen Arbeitern zu zahlen, soweit mein Vermögen reicht, wenn Ihnen Privatvermögen nicht unantastbar sind. Aber Kohle zum Produzieren schaffen Sie damit nicht herbei. Und leben, ohne zu produzieren, kann das deutsche Volk nicht lange, das leuchtet wohl auch Ihnen ein! Eine übertriebene höfliche Verbeugung — ironisch lächelnd setzte sich der Fabrikant. Der Vorsitzende des A. und S. Rates, der verschiedene Sachleute zu einer Besprechung der dringenden Kohlenfrage geladen hatte, wurde rot im Gesicht vor Zorn über den frechen, arglistigen Ton. „Das Privatvermögen muß und ebensowenig heilig sein, wie den Arbeitgebern die Arbeitskraft des Arbeitnehmers. Sie werden gezwungen werden, ihren bisherigen Arbeitern während des Aussehens infolge Kohlenmangels einen Prozentsatz ihres Lohnes weiter zu zahlen. Unsere Sorge wird es sein, alles in Bewegung zu setzen, um Kohlen heranzubekommen. Ich glaube, wir sind wohl am Schluß unserer Sitzung angelangt.“

Die Geladenen und Mitglieder des Vollzugsausschusses waren gegangen, der Vorsitzende blieb im Zimmer allein. Er trat an das Fenster und blickte über die Dächer der Stadt, die im kalten, glühenden Licht eines harten Wintertages dalag. Dort die Sch-

Nationalversammlung zu Weimar

Reichswehrminister Rodde (fortfahrend):

Hast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu zögern. Es wurde behauptet, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich geschrieben und mich ersucht, die Truppen aus Lichtenberg abzurufen oder nicht einmarschieren zu lassen. Das ist unwohr. (Lacht, lacht.) Der Bürgermeister von Lichtenberg hat nicht an mich geschrieben. Zu mir gekommen sind drei Mitglieder des Berliner Vollzugsrats und drei Mitglieder der Streitkräfte von Lichtenberg. Es wurde beraten, wie dem Blutvergießen Einhalt getan werden könnte. Das ist selbstverständlich, daß ich mit pedantischer Gewissenhaftigkeit mit dieser Deputation überlegt habe, wie das weitere Feuer verhalten werden könnte. Aber ich mühte danach, wenn Vereinbarungen über die Einstellung des Schießens getroffen werden sollten, was auf der Gegenseite an Autorität vorhanden war, wenn ich die Einstellung des Feuers befehl. Ich habe deshalb geordert, daß mir der Oberbürgermeister von Lichtenberg oder eine andere prominente Persönlichkeit mitteile, welche Vorbereitungen und Maßnahmen in Lichtenberg zur Verfügung ständen, um durchzuführen, daß von dort nicht geschossen werde. Darauf hat mir der Bürgermeister telefonisch erklärt, daß er keine lei Nachtmittel zur Verfügung hätte. Am andern Tage hat mir der Bürgermeister mitgeteilt, er habe mit Vertretern der Arbeiter und der Schießenden zusammengeessen; ihm sei vorgeschlagen worden: Straffreiheit für alle Leute, die an den Lichtenberger Vorgängen beteiligt waren (Bewegung und Ruhe rechts), Bildung einer Sicherheitswehr, in der auch die Spartakisten sein sollten (Lachen). Verfassung einer solchen Sicherheitswehr mit den Waffen, die in Lichtenberg abgegeben wurden. Ich habe natürlich geglaubt, auf ein solches Abkommen nicht eingehen zu können. Doch Lichtenberg hat kampflös von unseren Truppen befreit ist, dazu hat beträchtlich beigetragen der Erlaß, den ich gestern abends erlassen habe:

„Trotz der Waffen, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“

In höchster Not habe ich mich zu dieser Anordnung entschlossen, aber ich dürfte die Abschaltung von einzelnen Soldaten nicht weiter dauern lassen. Ich mühte dieser Beschallung Einhalt tun durch die Androhung der äußersten Schwerestrafe. (Sehr richtig.) Hätte ich das nicht getan und dadurch eine Kontrolle geschaffen, daß erst die Offiziere zusammentreten sollten, um darüber zu entscheiden, ob eine Erschießung stattfinden sollte, dann wären die Truppen nicht mehr in der Hand zu halten, das hätte noch mehr Blut geflossen als so. Im Organ des Berliner Vollzugsrats schrieb am Dienstag vor acht Tagen der Unabhängige Däumig: „Unsere russischen Genossen haben in ihren revolutionären Kämpfen kurzen Prozeß mit den Vandalen und sonstigen unläutereren Elementen gemacht.“ (Abg. Hoase (U. S.): Sehr richtig.) Ich habe den Versuch gemacht, acht Tage in Verfu mit dem Belagerungsband und den Kriegsgerichten aufzukommen. (Unruhe bei den U. S.) Was aber

das Recht der Revolution in Rußland

war, das werde ich mir als Recht der Revolution nicht breiig machen lassen, wenn das Schicksal unseres Landes auf dem Spiele steht. (Beifall bei der Mehrheit.) — Abg. Hoase: Keine gesetzliche Grundlage! Die Kommunisten von Bremen, von Braunschweig und Düsseldorf haben in der Zeit, als sie in diesen Orten das Regiment angeführt hatten, wiederholt den Belagerungsstand verkündet und wiederholt die Todesstrafe für geringere Dinge angekündigt als sie in Berlin jetzt vor sich gehen. Wenn in den Straßen Tausende von Menschen die Waffen gegen die Regierung führen, wenn Mörderer und Räuber Orgien feiern, dann besteht ein Zustand außerhalb jedes Rechts, und die Staatsnotwendigkeit gebot mir, so zu handeln, daß so rasch wie möglich Ruhe und Sicherheit wiederhergestellt wird. (Beifall bei der Mehrheit.) Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder eintreten kann. Je früher ich die furchtbare Würde meines Amtes in Berlin los werden kann, um so lieber würde es mir sein. Was geschah, verantwortet ich vor dem Staat, dem Lande und dem Volke. (Unruhe bei den U. S.) Ich habe das Urteil der Rasen nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, anhaltendes Zischen bei den U. S.) Erneuter Beifall bei der Mehrheit.)

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs, der den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln außer durch die Reichsbank verbietet.

Abg. Hoase (U. S.) wendet sich gegen das Gesetz, das eine neue Feindseligkeit gegen die Sowjetrepublik darstellt. Der Redner verliest ein Telegramm von Berner Sozialisten, in dem behauptet wird, Deutschland beabsichtige, in Zeitland eine imperialistische Politik zu treiben. (Lachen.)

Abg. Weimann (Demokrat) begründet einen Antrag auf Anmeldepflicht der Verbände an russischen Zahlungsmitteln.

Reichsfinanzminister Schiffer: Der Rubel rollt in Deutschland, und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. (Sehr richtig.) Wir müssen uns gegen die Vergiftungs- und Beschädigungsgelder wehren, mögen es Regierungsgelder oder Parteigelder sein. (Beifall.) Auch einen Teil des letzten Landes für uns in Anspruch zu nehmen, liegt uns ob, so ist unser Ziel.

Abg. Müller-Stein (Sog.) wendet sich gegen das vom Abg. Hoase verlesene Berner Telegramm, in dem auch behauptet wird, der Redner habe die internationale sozialistische Konferenz gelächelt.

Der Gesetzentwurf wird mit dem Antrag der Reichsparteien angenommen.

Es folgen die

Abstimmungen über das Sozialisierungsgesetz.

In § 1, der die stitliche Pflicht jedes Deutschen zur Arbeit festsetzt, will ein Antrag Agnes (U. S.) und Genossen die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit“ ersetzt werden durch die Worte „unbeschadet der Freiheit der Berufswahl“.

Die Abstimmung hierüber bleibt, da für diesen Antrag auch die Reichsparteien stimmen, zweifelhafte. Bei der Abstimmung durch Sammelpung stimmen 195 mit „Ja“, 163 mit „Nein“. Auch die Regierungsmitglieder stimmen entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit getrennt.

§ 1 wird in der Fassung des Ausschusses darauf einstimmig angenommen.

Zu § 2, der dem Reich die Befugnis zur Sozialisierung erteilt, liegen mehrere Änderungsanträge vor.

Ueber den Antrag Auer und Genossen (Sog.), der die Entschädigungspflicht des Reiches bei Sozialisierungen befristet, wird namentlich abgestimmt. Auf Ja! lauten 188, auf Nein! 22 Stimmgästel. Der Antrag Auer ist damit angenommen und die Entschädigungspflicht gestrichen.

Diese Mitteilung ruft im Hause große Bewegung und Unruhe hervor. Abgeordnete der Rechten bedauern sich gegen die von anderen Abgeordneten geäußerte Vermutung, daß sie für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hätten. Mehrere Abgeordnete sprechen auf den Präsidenten ein, der hierauf erklärt: Es scheint irgend

ein Irrtum

in der Zusammensetzung der Stimmgästel vorgekommen zu sein. Nach dieser Erklärung sind nur 228 Ja! abgelesen worden, während bei der vorhergegangenen Abstimmung über 300 abgegeben wurden. Da Stimmgästelungen nicht vorgekommen sind, kann die Zahl nicht stimmen und wir werden die Abstimmung noch einmal vornehmen. Nachdem die Petition noch einmal durchgelesen worden sind, erklärt Präsident Rechenbach: Es hat sich herausgestellt, daß bei der ersten Abstimmung der Stimmgästel ein Posten übersehen worden ist. Es sind abgegeben 300 Stimmgästel, Enthaltungen sind nicht vorgekommen. Mit Ja! haben gestimmt 188, mit Nein! 163. Der Antrag Auer ist demnach abgelehnt.

Darauf wird § 2 in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 58 Stimmen bei einer Stimmgästelung in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso unter Abschaffung sämtlicher Änderungsanträge der Rest des Gesetzes. Damit ist das Sozialisierungs-gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

§ 2 bestimmt, daß die Leitung der Kohlenwirtschaft einem Reichskohlenrat übertragen wird, dessen Zusammensetzung der des Sachverständigenrats (§ 3) entsprechen soll. Die Reichsregierung erteilt die Kohlenpreise für bestimmte Bezirke zu Gebörden und diese zu einem Gesamtsatz zusammen. In der Verwaltung dieser Verbände sind die Arbeitnehmer zu beteiligen. Den Verbänden liegt die Regelung der Förderung, Selbstverbrauch und Abfall unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Festsetzung der Preise. Der Reichskohlenrat und die Verbände sind bis zum 30. Juni 1919 zu errichten. — Die Abg. Dr. Richter und Köglar (D. Sp.) beantragen die Abänderung: Den Verbänden liegt die Regelung des Abfalls unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. — Außerdem beantragt die Kommission eine Entscheidung, wonach der Nationalversammlung mit möglicher Beschleunigung

der Vorstehende: „Menschenkind, haben wir denn Oshen oder Segner vor uns? Die Mehrzahl der Genossen ist doch so vernünftig einzusehen, daß wir augenblicklich beim besten Willen nicht heissen können!“ „Wollen's hoffen.“ Mit diesem Dend lag Hand an Hand.

„Solange wir können, wollen wir arbeiten und kämpfen.“ Ein erbitterter Kampf begann, der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Die Anhänger von links und rechts kämpften in der höchsten, niederträchtigsten Weise, unterhielt von ihren gewaltigen Bundesgenossen, dem Mühsiggang aus Kohlenmangel, der Kälte, der Not. Die Führer der Arbeiter rangen mit aller Macht gegen die steigende Verbitterung und das aufsteigende Mißtrauen. Ein harter, nervenaufreibender Kampf ist es, ein Kampf, für den es keinen Dank gibt als den, nicht zu unterliegen.

Er dauert noch an. An euch ist es, Arbeiter, ihn zu entscheiden!

Notizen.

— Theater. Die Volkshäuser, Theater am Pflanzplatz, nimmt heute Freitag, den 14. März, ihre Vorstellungen nach erzwungener zehntägiger Pause mit Georg Büchners „Was“ wieder auf. Auch am Sonntag gelangt „Was“ zur Darstellung. — Das Romdionhaus verleiht die Erlaubnisführung von Rada-Adhies Schwarze „Der Feldherrntrüffel“ auf den 19. März.

— Vorträge. Treptow-Sternwarte: 15. März, 6 Uhr: „Am Lande der Schwärzen“ (Deutscher Subanfilm). 7 Uhr: „Kameradschaftliche Raubereien“ (Experimentalarbeit von Dr. Schimann); 16. März, 3 Uhr: „Christoph Columbus“ (Filme); 6 Uhr: „Wilder aus dem Harz Thüringen und dem Wengenberge“ (Filme); 7 Uhr: „Am Lande der Schwärzen“; 18. März, 7 Uhr: „Unre Erde als Planet“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Ardenholz).

— Balladenabend. Der Sozialdemokratische Wahlverein Weissensee veranstaltet am Sonntag, den 16. März, abends 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Weidenpromenade einen Balladenabend unter Mitwirkung von Dr. Hanover (Gebrauch), Fräulein Seiler (Klavier), R. Dürig (Violine), Frau Wathy (Regitation).

— Rudi Eisners gesammelte Schriften und seine nachgelassene dramatische Fiktion „Die Götterprüfung“ erscheinen demnächst im Verlage von Paul Cassirer.

— Karl Marx' Lohnarbeit und Kapital, diese berühmte gemeinverständlich gefasste Einführung in das Studium der politischen Ökonomie, liegt jetzt in einem Neubruck des Verlages der Buchhandlung Vorwärts vor. Sie war seit geraumer Zeit vergriffen.

— Neue Dramen. Die Dramatische Gesellschaft veranstaltet ihre erste Vorstellung in der zweiten Hälfte des Monats März im Kleinen Schauspielhaus. Zur Aufführung gelangt das Stück „Die Vorbilder“ von Rudolph Leonhard. — Walter Hasenclevers „Antigone“ wird nach der außerordentlich erfolgreichen Aufführung in Frankfurt a. M. auch in München, Berlin, Hamburg und Hannover, ferner in Kiel, Wien und Prag in Szene gehen. — Das neueste Bühnenwerk des Autors „Die Feinschen“ ist soden erschienen.

Zum Generalstreik

Am Montag früh sind die Belegschaften sämtlicher Gruben der Braunlohlenbezirke Bitterfeld, Halle, Obergörlingen, Gelsfeld, Weiskensels, Meuselwitz und Borna ohne jede Begründung zu geben in den Generalstreik eingetreten. Der Beschluß zum Generalstreik ist in einer Bergarbeiterversammlung in Halle am 23. Februar 1919 unter Vorsitz der Mitglieder des Bezirksbergarbeiterrates Koenen, Rausch und Peters gefaßt worden. Vertreter aus Weiskensels, Zeitz und Meuselwitz, die gegen den Streik sprachen, wurden niedergeschrien. Nach Mitteilung des unabhängigen Volksblattes vom 24. Februar trat Steiger Peters für die sofortige Erklärung des Generalstreiks ein.

Die Gründe des Streiks sind rein politischer Natur. Wie aus den Äußerungen der verschiedenen Arbeiterausschüsse auf den Gruben hervorgeht, soll durch ihn ein Druck auf die Regierung dahin ausgeübt werden, daß sie die von dem Bezirksarbeiterrat gewünschten Betriebsräte nach Essener Muster anerkennt, daß die Sozialisierung sofort in Angriff genommen wird, und letzten Endes, daß die gegenwärtige Regierung einschließlich der Nationalversammlung zurücktritt. Von besonderem Interesse ist die Begründung, welche der Betriebsrat der Grube Elise II bei Möcheln schriftlich niedergelegt hat. Sie lautet:

„Sofortige Anerkennung der Betriebsräte, Anerkennung der Räteregierung Bayern, sofortige Einführung auch bei uns. Beseitigung der Reichsregierung und der Nationalversammlung, Anerkennung der Räte auf politischen und wirtschaftlichen Interessen. Das sofortige Eingreifen soll geschehen durch den Vorfall in Bayern und den verschiedenen Verhaftungen, auch über solche in Halle betr. Genossen Ferchlandt, Leutnant. Fall Ferchlandt betrifft besonderes Interesse, da derselbige ein zweiseitiger ist.“

Der Streit um die Betriebsräte währt bereits seit Erlaß der Regierungsverordnung vom 18. Januar 1919. In ihr hat die Reichsregierung in weitgehendem Entgegenkommen den Arbeitern die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht und nach den Regeln der Verhältniswahl zugesagt und die sofortige Wahl angeordnet. Der Hallesche Bezirksbergarbeiterrat, eine ohne Zutun der Bergarbeiter, lediglich offenbar aus persönlichem Ehrgeiz zustande gekommene ungesetzliche Vereinigung politisch auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie stehender Männer, von denen die Hälfte überhaupt nie im Bergbau tätig war, hat sich mit dieser gesetzlichen Regelung nicht einverstanden erklärt, sondern eine aufreizende Propaganda unter den Belegschaften auf Einrichtung von Betriebsräten eröffnet, deren letztes Ziel die Sozialisierung von unten sein soll. Der Erfolg dieser Tätigkeit ist der jetzige Generalstreik, dessen Folgen nicht allein für die Industrie Mitteldeutschlands, sondern für die allgemeine deutsche Volkswirtschaft von unheilvollstem Einfluß sein wird.

Der Streik ist systematisch betrieben. Noch am Freitag, z. T. sogar noch am Sonnabend, ist auf den Gruben keinerlei Beunruhigung zu Tage getreten und selbst am Montag haben auf einer großen Reihe der Werke die Arbeiter erklärt, daß sie keine Veranlassung zum Streik hätten und mit ihren jetzigen Arbeits- und Lohnbedingungen zufrieden wären, daß sie dagegen der Gewalt und der Drohung wichen.

Anscheinend sind neben den unabhängigen Führern Spartakusleute und mit russischem Gelde bestochene Elemente die treibenden Kräfte, die den größten Teil der Arbeiterschaft ganz gegen seinen Willen in diese Katastrophe zwingen.

Die Durchführung des Streiks wird in rücksichtslosester Art, z. T. gegen die eigenen Interessen der Arbeiter gehandhabt. Am Montag früh erklärten sich noch die Ausschüsse fast sämtlicher Gruben bereit, für die Kohlenversorgung der eigenen Kesselhäuser, Pumpen und Schwelereien einzustehen zu wollen. Eine Bergarbeiterversammlung in Teuchern am Montag, den 24., nachmittags, faßte jedoch den Beschluß, ohne Rücksicht auf die eintretenden Folgen, den Betrieb ganz ruhen zu lassen. In einer Versammlung in Hohenmölsen wurde vereinbart, die Schwelereien innerhalb 48 Stunden kalt zu legen, obwohl eine so schnelle Abfeuerung die größte Gefahr für den baulichen Zustand der Anlagen zur Folge haben muß. Wasserwerke und elektrische Zentralen werden mit Kohle nicht mehr versorgt; auf einer Grube bei Halle ist durch den Arbeiterausschuß ausdrücklich betont, daß jeder Absatz an das Wasserwerk Halle mit Gewalt verhindert werden würde. Beamte, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes Kohle förderten, sind daran gehindert worden; auf Grube Emilie bei Tackau ist die Lichtleitung zum Tagebau durchschnitten worden. Beamte sind auch auf anderen Gruben am Betreten der Werke gehindert worden. Die Folge dieses Terrors ist der am 24. Februar nachmittags erklärte Generalstreik der Beamten, die damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die ungesetzlichen Maßnahmen der Arbeiter nicht billigen.

Zu ihrem Bedauern sind die Leitungen der Betriebe dadurch außerstande, die Geschäfte weiterzuführen.

Die lediglich aus politischen Gesichtspunkten betriebene Agitation einzelner ihrer Verantwortlichkeit in keiner Weise bewußten Personen hat also Mitteldeutschland in den wirtschaftlichen Abgrund getrieben. Bald werden Städte und Dörfer ohne Licht, ohne Wasser, ohne Kraft sein, Hunger und Elend werden in alle Kreise einziehen, der Haß unter den Bevölkerungsklassen wird aufs neue aufgepeitscht, unser Vaterland wirtschaftlich zugrunde gerichtet — und das alles ohne jeden vernünftigen Grund.

Es handelt sich um eine Machfrage, die alle auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung, der Ruhe und Ordnung stehenden Kreise zu einem geschlossenen Auftreten gegen die Unvernunft und Gewissenlosigkeit zusammenschweißen muß. Die Bergwerksleitungen lehnen jedenfalls eine Verantwortung für die Ereignisse und Folgen ausdrücklich ab. Die Führer der Gewerkschaften stehen der Streikbewegung fern.

Hallescher Bergwerks-Verein.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter - „Auswahl“.
Was ob wir keinen 9. November gehabt hätten, so pflegen manche Unternehmer noch Auswähl noch verlangten Arbeitstätigkeiten zu treffen. Das geht aus einer Festschrift hervor...

Augestellte der Waren- und Kaufhäuser!

Infolge der Unsicherheit auf den Straßen muß die für Ende dieser Woche vorgeplante Versammlung noch einige Tage verschoben werden.

Nähere Mitteilung durch die Zeitung. Zentralverband der Handlungsgehilfen. Eintrou der Waren- und Kaufhäuser-Angestellten.

Der Streik der Angestellten bei der Firma Borßig-Zeigel, ist wie mitgeteilt wird, beigelegt.

Wie es nicht gemacht werden darf.

In dieser in unserer Vortagenummer vom Donnerstag veröffentlichten Festschrift wird mitgeteilt, daß die militärische Absperrung des Spandauer zum Industriebofe sich auf die Inhaft-

nahme des Führers der Volkswirtschaft bezog, der in dem Gebäude wohnte.

In der Rotta ist auch insofern ein Irrtum enthalten, als der Verleger der Festschrift kein Korrektor, sondern ein Angestellter der Firma Paß u. Carls ist.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Filmindustrie verbreitet eine Rotta, worin betont wird, daß der „Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen“ den Streik erklärt habe...

Uns scheint, daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Filmindustrie in seiner Veröffentlichung eine sehr starke Abneigung gegen die neue Organisation, den Zentralverband, bezeugt.

Uns wurde berichtet, daß in der Filmindustrie während der ganzen Vorkriegszeit glänzend verdient worden sei und daß sich in dieselben im Laufe der Zeit Mitglieder auch in sittlicher Beziehung herausgebildet haben, deren Vorseitigung eines der Hauptziele des gegenwärtigen Ausstandes ist.

Berichtszeitung.

Der Raubüberfall im Gefängnisheim Wannsee.

Der Raubüberfall im Gefängnisheim Wannsee. Drei Maschinenschlosser aus Berlin bzw. Charlottenburg-Brandenburg, und zwar der 23jährige Schlosser Friedrich Blüdnor, der 20jährige Horst Reister und der 24jährige Reinhold Reiners...

Verantwortlich für Politik: Peter Adler, Charlottenburg. Für den literarischen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reufburg. Für Anzeigen: Theodor Heide, Berlin. Verlag: Buchdruck-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag G. m. b. H. Berlin. Verlagsankalt: Carl Ziemer & Co. in Berlin. Lindenstraße 3. Diers 1. Berlin.

Am 2. d. M. verschied plötzlich intimer Vertrauter von Friedrich Keil.
Friedrich Keil
Betriebsleiter in unserem Marienfelder Werk.
23 Jahre hindurch war uns Herr Keil ein pflichtgetreuer und fleißiger Mitarbeiter, dessen Entgehen wir sehr in Gedenken behalten werden. 1487 D
Fritz Werner Aktiengesellschaft
Berlin-Marienfelde.

Am 10. März verschied noch jüngerer schwermütiger Mann Wilhelm Schulz.
Wilhelm Schulz
im 63. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Erich Schulz nebst Familie, Franz Silenke, Familie.
Die Einäscherung findet Sonntag, den 15. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium Gedächtnisruhe statt.

Reichsadreßbuch
Berliner
Adreßbuch
Jahrgang 1918-19
In 2 Hften gebunden. 14580
Preis: 3 Mark
Verlag: Ernst und Sohn, Berlin

Läuse
Kopfläuse mit Brut (Nüsse)
bereitet man am sichersten mit dem schnell wirkenden Radika'mittel „Läusefeind“.

Feind
Kopfläuse mit Brut (Nüsse)
bereitet man am sichersten mit dem schnell wirkenden Radika'mittel „Läusefeind“.

Gutes Landhaus
6 Zimmer, 4 Bäder, 4 Kamine,
Balkon, Veranda,
zu mieten gesucht. 14580
Groß, Günter,
Wilmanns-Str. 9.

Automobil-Gelegenheits-Kläne
5/14 Adler - Torpedosporttype, 4 sitzig
5/12 Adler - Torpedosporttype, 2 sitzig
6/16 Loreley - Torpedosporttype, 2 -itz
5/14 Opel - Torpedosporttype, 4 sitzig
3/22 Brenner - Torpedosporttype, 6 s
10/25 Overland - Torpedosporttype, 4 s
5/12 Opel - Torpedosporttype, 2 s-itzig
5/14 Wanderer - Torpedosporttype, 2 s
10/30 Minerva - Torpedosporttype, 6 s
8/20 Benz - Torpedosporttype, 6 sitzig
Sowie div. andere Wagen:
Horch, Stoewer, Minerva, Mercedes, Benz etc.
Georg Speier,
Maschinenfabrik,
Berlin-Halensee.
Joachim-Friedrich-Str. 37/38,
Umland 736 und 735.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Berlin.
Anfolge der noch immer fortbestehenden außerordentlichen Verkehrsbehinderung und Absperrungen kann die
Außerordentliche Generalversammlung
am Freitag, den 14. März, abends 6 Uhr, nicht stattfinden und muß um einige Tage verschoben werden.
Somit müssen auch die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag und zum Gewerkschaftskongreß, die am Montag, den 17. März, stattfinden sollten, auf einen anderen Tag verlegt werden.

Kavalleristen!
In altem frischen kavalleristischen Geiste ziehen wir hinaus zum Schutze unseres bedrängten Vaterlandes!
Wir brauchen Euch alle!
Am uns ein freies deutsches Vaterland ohne polnische Eindringlinge und bolschewistische Einflüsse zu erhalten, ergreifen wir von neuem die Waffen.
Freiwillige Kavalleristen u. M.-G.-Schützen
meldet Euch beim
Manen-Regiment Nr. 11
in Osterburg (Altmark).

Kraftdroschken
Prima
Fleisch sowie Wurstwaren
Lieferung jedes Quantum 174a
Löhndorf, Pothaler Str. 80.

Luftverkehr Sablatnig
Regierungsbevollmächtigte, Politiker, Pressevertreter.
Schnellste Reiseverbindung nach allen Richtungen
Flüge nach Weimar / Kontroll- und Beobachtungsfüge / Post- und Kurierflüge für eilige Wertsendungen / Flugblattverteilung.
Zuverlässige frontbewährte Führer und Flugzeuge / Größte Start- und Landesicherheit auch bei Nacht / Scheinwerfer u. Funkentelegraph am Bord / Vollständige Flugausrüstung leihweise / Versicherung gegen Unfall / Beförderung von und zu Flugplatz / Reiseberatung.
Fahrtbestellung
nimmt entgegen
SABLATNIG FLUGZEUGBAU G. m. b. H.
Abt. Luftverkehr / Berlin, Wilhelmstraße 69 a, Ecke Unter den Linden / Fernruf: Kurfürst 6515.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Bezirk Lichtenberg.
Sonntag, den 16. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im
Restaurant „Eugen-Kahns“, Anorpromenade 2:
Bezirksführung.

Hilfe in der
Lichtnot!
Sofort lieferbar ab Lager
Hafag-Benzol-Blühlicht-Lampen

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Präsidentstr. 30,
Spezialarzt für alle Gebietskrankheiten,
Spezialarzt für Tuberkulose,
Spezialarzt für Syphilis,
Spezialarzt für Hautkrankheiten,
Spezialarzt für Augenkrankheiten,
Spezialarzt für Ohrenkrankheiten,
Spezialarzt für Halskrankheiten,
Spezialarzt für Brustkrankheiten,
Spezialarzt für Frauenkrankheiten,
Spezialarzt für Kinderkrankheiten,
Spezialarzt für Zahnkrankheiten,
Spezialarzt für Unfallverletzungen,
Spezialarzt für Vergiftungen,
Spezialarzt für Nervenkrankheiten,
Spezialarzt für psychiatrische Krankheiten,
Spezialarzt für chirurgische Krankheiten,
Spezialarzt für gynäkologische Krankheiten,
Spezialarzt für urologische Krankheiten,
Spezialarzt für ophthalmologische Krankheiten,
Spezialarzt für otolaryngologische Krankheiten,
Spezialarzt für thoraxchirurgische Krankheiten,
Spezialarzt für gynäkologische Krankheiten,
Spezialarzt für urologische Krankheiten,
Spezialarzt für ophthalmologische Krankheiten,
Spezialarzt für otolaryngologische Krankheiten,
Spezialarzt für thoraxchirurgische Krankheiten.

Wie ein Wunder
besitzt
San-Rat Haussalbe
Dr. Strahl's
jede Hautausschlag,
Flecken,
Hautrötung,
bes. Heilschad.,
Krausflecken der Frauen,
u. v. g., in Originaldose
u. 25 750 erhältlich in der
„Elefant-Apotheke“
Berlin SW 1, Leipziger
str. 74 (a. Köpenickerstr.)

Blano lauff
Asser, Bismarckstr. 1,
Berliner U-Bahn 7316.

Pianinos,
große Auswahl gebrannter
Instrumente, langjährige
Abschlusserfahrung.
Dr. Kaufmann Str. 44.

Spezialarzt
Dr. med. Coabe
bei chron. grünlich, möglich
schmerzlos u. ohne Verletzung
Geschlechtskrankh., geheime
Haut-, Horn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobter Methode
Horn- und Blutsuntersuchung,
Königsstr. 84/86,
Vornhof,
Berlin SW 1,
Ept. 10-1 u. 3-5 Sonntag 10-1.

gebamme.
Vertrauensvolle
Küche,
Vonnentstr. 76, Preuß. 770g.

„Fredy“
Zigaretten-Vertrieb
Brunnenstr. 17.
Zigarren, Zigaretten,
Kautabak
zu Tagespreisen.
Fernruf: Norden 3343.